

Iran

Unschlüssige Regionalmacht

Zum iranischen Neujahrsfest am 20. März 2009 hat sich US-Präsident Barak Obama in einer Botschaft an die iranischen Führer zu einem neuen diplomatischen Prozess bekannt und Drohungen abgelehnt: „Wir streben stattdessen nach einem Engagement, das ehrlich ist und auf gegenseitigem Respekt gründet.“

Von Ulrich Tilgner

Obamas Versuch zu einem Ausgleich mit dem Iran ist überfällig, denn der Integration der Islamischen Republik in die Weltwirtschaft und die internationale Politik kommt eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, die von Krieg, Terror und Fehlentwicklungen geprägte Lage im Mittleren Osten zu stabilisieren. Ohne eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Iran und den USA wird die Staatsführung in Teheran nicht bereit sein, einen Beitrag zur Lösung der unterschiedlichen Konflikte in der Region zu leisten.

Aber es handelt sich nur um ein sehr vorsichtiges Signal, denn Obama hat neun Tage vor seiner „Norouz-Botschaft“ ein 1995 von US-Präsident Bill Clinton gegen den Iran verhängtes Sanktions-Zusatzpaket um ein weiteres Jahr verlängert. Zur Begründung schrieb Obama: „Aktionen und Politik der Regierung des Iran bedeuten weiter eine ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit, die Außenpolitik und die Wirtschaft der Vereinigten Staaten.“ Der Präsident nennt aber keine Beispiele für seine pauschalen Beschuldigungen.

Damit kommt von der US-Regierung einerseits ein völlig neues Signal, andererseits aber werden zugleich bedeutende Teile der bisherigen Politik fortgesetzt. Die Islamische Republik soll auch durch Wirtschaftssanktionen zu einer Zusammenarbeit mit den USA gezwungen werden. Diese Taktik dürfte auch weiterhin nicht funktionieren. Dabei treffen die verlängerten Sanktionen den Iran wegen des Einbruchs der Ölpreise besonders stark, denn Präsident Obama hat mit seinem Erlass US-Firmen und ihren im Ausland angesiedelten Tochterunternehmen für ein weiteres Jahr verboten, in iranische Energiebereiche zu investieren. Diese Beschränkungen gehen weit über die vom Weltsicherheitsrat wegen der iranischen Uran-Anreicherung verhängten Sanktionen hinaus.

Der US-Präsident fordert vom Iran eine direkte Kooperation bei der Lösung der Probleme im

Mittleren Osten, also zuallererst in Afghanistan und im Irak sowie vor allem Unterstützung für die Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes. Genau hierzu ist die Führung in Teheran nicht bereit, da sie auf das Instrument der Einmischung in die Konflikte der Region als Druckmittel gegen die USA nicht verzichten will. Der mächtigste Politiker des Landes, Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei, kann die Richtlinien der iranischen Politik bestimmen, und er macht auch zunehmend Gebrauch von dieser Möglichkeit. Khamenei wird so lange eine grundsätzliche Öffnung gegenüber den USA blockieren, wie die Regierung in Washington die islamische Herrschaft nicht anerkennt und die Sanktionen gegen den Iran fortsetzt. Eine schnelle Annäherung zwischen dem Iran und den USA bleibt damit unwahrscheinlich.

Beidseitige politische Traumata verhindern die notwendige politische Flexibilität. Für die Regierung in Washington bilden der Sturz des prowestlichen Schahs mit der anschließenden Gründung der Islamischen Republik und die Besetzung der US-Botschaft in Teheran 1979 den Ausgangspunkt für eine Politik der politischen und wirtschaftlichen Isolation sowie der militärischen Bedrohung des Iran. Für die Regierung in Teheran steht dagegen der von der CIA in der Operation „Ajax“ mitorganisierte Sturz des Ministerpräsidenten Mohammad Mossadegh 1953 als Beweis der permanenten, bis heute wahrgenommenen Drohung der USA, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Der wiederingesetzte Schah Reza Pahlawi machte in den 50er Jahren die unter Mossadegh eingeleitete Verstaatlichung der Ölindustrie rückgängig.

Für die konservative Staatsführung des Iran und die konservativen Zirkel in den Sicherheitskräften boten die Drohungen der Bush-Regierung einen

willkommenen Vorwand, die Reformkräfte auszuschalten. Diese hatten bereits wegen fehlender Erfolge in der Sozialpolitik und übergroßer Zaghaftheit bei den Maßnahmen zur Liberalisierung der politischen Verhältnisse einen großen Teil ihrer Unterstützung durch die Mehrheit der Iraner eingebüßt. Der konservative Wächterrath – eine unserem Verfassungsgericht ähnelnde Institution – nutzte die schwindende Popularität der Reformer, die große Mehrheit ihrer Kandidaten von Wahlen auszuschließen. Im Januar 2004 gewannen die Konservativen fast 80 Prozent der 290 Parlamentssitze und konnten damit die Politik des Reformpräsidenten Chatami am Ende seiner Amtszeit im Parlament vollständig blockieren.

Bis zum Sommer 2005 gelang es den Antireformkräften, nahezu alle Schaltstellen in der Islamischen Republik zu besetzen und die politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu kontrollieren. Die Reformpolitiker waren unfähig, ihre Anhänger gegen diese schleichende Monopolisierung der Macht zu mobilisieren. Die Formierung im Inneren erfolgte auch immer unter Hinweis auf die äußere Bedrohung.

Auch wenn diese militärische Bedrohung des Iran durch die USA in Europa nicht in ihrem ganzen Ausmaß wahrgenommen und ihre Gefahr nicht verstanden wurde und selbst wenn Bedrohung und Gefahr letztlich nicht real gewesen sein sollten: Im Iran zeigten sie Wirkung. Es besteht kein Zweifel mehr, dass die militärischen Vorbereitungen für einen Angriff getroffen wurden. Auch berichtete der Journalist Seymour Hersh in *The New Yorker* unter Hinweis auf hohe Sicherheitsbeamte wiederholt über Angriffsabsichten der US-Regierung gegen den Iran: „In meinen Interviews wurde mir wiederholt erzählt, das nächste strategische Ziel sei der Iran.“

Aber die Voraussetzungen im Iran haben sich grundsätzlich geändert. Der Nieder-

Unbeliebter Zeigefinger



Daniella Zaleman



Mostafa Seedejad

Auf dem Plakat: Reformer Mohammed Chatami

lage der Reformkräfte folgte die Schwächung der Konservativen. Denn seit dem Amtsantritt Ahmadinedschads haben radikalislamistische Kräfte eine totale Kontrolle über den Regierungsapparat errungen. Meist handelt es sich um ehemalige Offiziere der Revolutionsgarde oder anderer Sicherheitsorganisationen. Sie haben auch Geistliche aus wichtigen Positionen verdrängt und den Einfluss der Geistlichkeit auf die Politik zurückgedrängt. Diese Entwicklung wird von Revolutionsführer Khamenei gefördert, um Kritiker und Konkurrenten in den Reihen des Klerus zu schwächen.

Im Gegensatz zu den ersten Jahren nach der Revolution treten bei offiziellen Anlässen immer weniger Geistliche und immer mehr Offiziere auf. Begriffe wie „Diktatur der Mullahs“ oder auch „Islamischer Gottesstaat“ sind immer weniger geeignet, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Iran zu erklären. Vor allem wegen der hohen Präsenz der Sicherheitskräfte im öffentlichen Leben sprechen Gegner Ahmadinedschads bereits von einer sich entwickelnden Militärdiktatur. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni wird sich zeigen, ob eine Neuorientierung der Politik und eine Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse überhaupt noch möglich ist.

Wegen der Zersplitterung des Reformlagers und eines möglichen Verzichts der Konservativen auf einen eigenen Kandidaten steigen die Chancen Ahmadinedschads auf einen erneuten Wahlsieg, zumal er bis jetzt mit der Unterstützung durch Revolutionsführer Khamenei rechnen kann. Entscheidend wird sein, ob die Gegner des Präsidenten Wähler mobilisieren können, die vor vier Jahren nicht abgestimmt haben. Eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung und ein eindeutiger

Vorsprung eines Einheitskandidaten der Ahmadinedschad-Gegner sind für viele Beobachter die Voraussetzung, um einen manipulierten Wahlsieg des derzeitigen Präsidenten zu verhindern.

Es ist Ahmadinedschad nicht gelungen, trotz der Rekorderinnahmen aus den Ölexporten in den Jahren 2007 und 2008, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Ballungsgebiete zu lösen. Auch seine radikale Rhetorik gegen innen- und außenpolitische Gegner verfangt nicht mehr in dem Maße wie zur Zeit seiner Kandidatur im Juni 2005. In vergleichbaren Situationen vergangener Jahre brachten Wahlen trotz starker Einschränkungen bei der Kandidatenzulassung Trendänderungen. Es muss sich erweisen, ob dieser Mechanismus begrenzter Korrekturen iranischer Politik weiterhin funktioniert oder ob die politische und gesellschaftliche Verkrustung bereits zu weit fortgeschritten ist.

Damit steigt auch die Versuchung, durch die Herstellung von Atomwaffen die Herrschaftsverhältnisse langfristig gegen äußere Bedrohung zu sichern. Bereits in den vergangenen Jahren dürfte ein Teil der Generalität die Angriffsdrohungen der USA genutzt haben, um für die Option der Bombe einzutreten. Der Regierung in Washington wird unterstellt, den Konflikt um das iranische Atomprogramm nur als Vorwand zu nutzen, um wieder die Kontrolle über die iranische Wirtschaft zu erringen, die die USA nach dem Sturz des Schahs verloren hatten. Aber es gibt bis heute keine veröffentlichten Beweise für ein aktives militärisches Atomprogramm des Iran.

Im November 2007 hieß es dann in der Studie des „National Intelligence Council“ der US-Geheimdienste mit dem Titel „Iran: Nukleare Absichten und Möglichkeiten“ zu einer möglichen Atombewaffnung der Islamischen Republik, iranische Militärstellen hätten bis Herbst 2003 an der Entwicklung von Atomwaffen gearbeitet, seither gebe es jedoch einen Baustopp. Als Begründung für die Beendigung des Programmes wird internationaler Druck angeführt. Auf einen Zusammenhang mit der von den USA behaupteten Atomrüstung des Irak wird nicht eingegangen. Dabei war die irakische Atomrüstung Auslöser für das iranische militärische Atomprogramm, das während des Krieges gegen den Irak in den achtziger Jahren begonnen wurde. Nach der islamischen Revolution war das gesamte in der Schahzeit aufgebaute Atomprogramm eingestellt worden.

So wurde die internationale Öffentlichkeit drei Jahre von den US-Geheimdiensten im Unklaren gelassen, wenn nicht sogar irreführt. Damit entstand eine Atmosphäre, in der dem Iran sogar unterstellt werden konnte, innerhalb weniger Monate eine Atombombe zu besitzen. Heute kann man davon ausgehen, dass diese Aussagen falsch waren. Aber ihre möglicherweise beabsichtigte Wirkung haben sie erzielt: Der Iran galt zu Unrecht bereits als militärische Atommacht. Dabei wird der Bau einer Bombe noch Jahre dauern, selbst wenn der Iran sein militärisches Programm wieder aufgenommen hat. Die US-Geheimdienste schätzten in ihrem Bericht vom November 2007 als frühesten Termin für eine iranische Atombombe das Jahr 2015, falls das militärische Atomprogramm reaktiviert werden sollte.

Hier liegt das eigentlich Gefährliche des iranischen Atomprogramms. Mit der Entwicklung der zivilen Nutzung der Atomtechnologie schafft die Islamische Republik Schritt für Schritt die Voraussetzungen für eine militärische Schwellenfähigkeit, also die Fähigkeit, zivile Potenziale für den schnellen Bau einer Bombe zu nutzen. Ahmadinedschad spielte möglicherweise sogar bewusst auf diese Option an, als er im April 2006 erklärte: „Wir sind schon ein Atomstaat, und wir können die Atomtechnologie zu hundert Prozent anwenden. Wir werden sie für friedliche Zwecke nutzen.“ Mit solcher Übertreibung der nuklearen Fähigkeiten seines Landes versucht er, innen- und außenpolitische Stärke zu suggerieren, um Gegner einzuschüchtern. Denn der Iran beherrscht die Atomtechnologie gar nicht zu hundert Prozent.



Aber ähnlich wie bei der Raketenrüstung ist es zwar keine Frage von Monaten, sehr wohl aber eine von Jahren, bis der Iran mit einem entwickelten Raketen- und langfristig sogar einem Atombombenarsenal nur noch um den Preis katastrophaler Vergeltungsangriffe angreifbar sein wird. Dadurch ist eine ausgesprochen schwierige Situation entstanden. Mit sogenannten Militärschlägen wird die Islamische Republik wahrscheinlich nicht mehr an der Entwicklung strategischer Massenvernichtungswaffen zu hindern sein. Denn deren Produktion kann durch militärische Angriffe nur aufgeschoben, aber nicht verhindert werden. Ein Versuch, das politische System des Iran mit militärischen Mitteln zu ändern, wird eine regionale Katastrophe auslösen und garantiert nicht das gewünschte Ergebnis erzielen.

Umso notwendiger wird es, mit der politischen Führung des Iran Garantien für einen langfristigen Produktionsverzicht auszuhandeln. Je schneller dieses Ziel auf diplomatischem Weg erreicht werden kann, desto größer sind die Chancen, einen neuen Rüstungswettlauf im Mittleren Osten zu verhindern. Doch zu glauben, allein der Iran trage die Verantwortung für ein solches mögliches regionales Wettüben, verkürzt die Problematik fahrlässig. Solange die Atommächte der Region, vor allem Pakistan und Israel, nicht für die Teilnahme an einem Abrüstungsprogramm gewonnen werden, bleibt es nur eine Frage der Zeit, bis andere Staaten im Nahen und Mittleren Osten waffentechnologisch gleichziehen wollen.

Wegen der Wirkung dieser Handelsrestriktionen und wegen der Zurückhaltung europäischer Firmen bei langfristigen Verträgen mit dem Iran orientiert sich die Islamische Republik nach Osten. Im Öl- und Gassektor bestehen bereits heute die bedeutendsten Lieferabkommen mit China und Indien. Allein Sinopec, Chinas größter Gasverarbeiter, wird in 25 Jahren 250 Millionen Tonnen Flüssiggas im Wert von 80 Milliarden Euro aus dem Iran beziehen. China ist dringend auf die Lieferungen aus dem Iran angewiesen, da mehrere Kraftwerke bereits seit Jahren aus Gasmangel nicht betrieben werden können. Seit Januar 2006 ist der Iran bereits Chinas größter Öllieferant.

Damit zeigt sich meines Erachtens, dass sich die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran in ihrer bisher praktizierten Form als untaugliches Mittel erweisen, der politischen Führung in Teheran politische Vorgaben aufzuzwingen. Wegen der gewaltigen Rohstoffvorräte kann sich die Regierung in Teheran Einnahmen verschaf-

fen, mit denen zumindest der Machterhalt finanziert werden kann.

Statt Handelsbeziehungen zu nutzen, werden Brücken abgebrochen, die die Staaten des Westens eigentlich für eine langfristige Zusammenarbeit in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen müssten, um die politischen Kräfte innerhalb des Iran zu schwächen, die einen Kompromiss in der Atomfrage ablehnen. Die Zunahme des Einflusses von Vertretern der Streitkräfte auf den Staatsapparat sowie die iranische Innen- und Außenpolitik sind Ausdruck der Probleme des islamischen Systems und der Bereitschaft von Revolutionsführer Khamenei, die Herrschaftsverhältnisse mit Gewalt zu verteidigen.

Die hohen Kriegsfolge-Kosten für die Gegner, aber auch für die internationale Gemeinschaft, zum Beispiel durch extrem hohe Ölpreise, sollen als Hebel genutzt werden, um eine politische Atmosphäre zur Erzwingung eines schnellen Kriegsendes zu schaffen. Den militärischen Planern und auch den Politikern in Teheran ist bewusst, dass die Islamische Republik nicht in der Lage ist, einen langfristigen Krieg politisch zu überleben.

Die Unterstützung der palästinensischen Hamas und der libanesischen Hisbollah sind Überbleibsel der ehemaligen Politik des Revolutionssexportes. Selbst unter Politikern der Islamischen Republik ist diese Politik einer finanziellen und militärischen Hilfe für antiisraelische Organisationen zunehmend umstritten, da in ihr ein Hindernis für eine diplomatische Lösung der Probleme mit den Staaten des Westens gesehen wird.

Präsident Obama bietet mit seiner Gesprächsbereitschaft der politischen Führung des Iran die Möglichkeit, im militärischen Konzept nicht die einzige Variante einer Verteidigung des Systems zu sehen. Doch Revolutionsführer Khamenei, wichtige Kommandeure und unterschiedlichste Spitzenpolitiker sind nicht bereit, im Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu den USA Vorbedingungen, wie den Verzicht auf die Uran-Anreicherung oder die Anerkennung Israels, zu akzeptieren.

Um eine mögliche Blockade bei der Annäherung zwischen den USA und dem Iran zu verhindern, bedarf es der Anstrengungen Dritter. Sie sind notwendig, um eine Eskalation des Konfliktes zu verhindern, sollte beiden Seiten die Kraft zu den notwendigen Kompromissen fehlen. Da Russland und China von einer Verlängerung des Konfliktes profitieren, kommt den Staaten Europas hier eine besondere Bedeutung zu. 